An

Herrn Bürgermeister Kai Abruszat

Amtshaus Stemwede

Stemwede, den 03.09.2023

Antrag „Ergänzung der Förderrichtlinien – Klimaschutzkonzept“

Wir bitten die Verwaltung um einen Vorschlag, wie das Klimaschutzkonzept des Mühlenkreises, das der Rat der Gemeinde mit verabschiedet hat, in die Vereinsförderrichtlinien der Gemeinde Stemwede eingepflegt werden kann. Konkret geht es um den folgenden Abschnitt:

…“Gewährung von Zuschüssen für (Bau)Maßnahmen und Beschaffungen

7.1 Die im Gemeindegebiet ansässigen Vereine können für Maßnahmen und Beschaffungen für vereinseigene Anlagen (…) wie folgt Zuschüsse beantragen:

- Neu-, Um- und Erweiterungsbau von Anlagen

- Sanierung von Anlagen

- Modernisierung von Anlagen

- Erwerb sowie

- Einrichtung und Ausstattung“

Begründung

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen greift hiermit eine Anregung aus der CDU Fraktion im Zusammenhang mit der finanziellen Förderung einer Ölheizung auf. Es wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Förderrichtlinien dem Klimaschutzkonzept gemäß angepasst werden müssten. Klimaschutz hat auch in der Gemeinde Stemwede besondere Relevanz: Klima Schäden an der Kulturlandschaft, der Natur, der Land- und Forstwirtschaft, an Hab, Gut und Gesundheit dürfen nicht durch Entscheidungen und das Handeln der Gemeinde verstärkt werden. Der hier gestellte Antrag stellt die Weichen für die Aufstellung einer verbesserten klimaorientierten praktischen Anwendung der Vereinsförderrichtlinien und informiert die Antragsteller\*innen im Vorfeld. Im Maßnahmenkatalog des Klimaschutzkonzeptes heißt es: „Jede politische Entscheidung sollte daraufhin geprüft werden, welchen Einfluss sie auf den Klimawandel hat…. Verstärken die Folgen des Beschlusses den Klimawandel, muss begründet werden, warum keine andere Umsetzung möglich ist und es müssen Ausgleichsmaßnahmen entwickelt werden (Kompensation).“ Der von uns gestellte Antrag stellt die Weichen für ein Umdenken von der scheinbar preiswertesten Lösung einer (Bau)Maßnahme zum bewussten Umgang jeder Bürgerin/jedes Bürgers zum Umgang mit Ressourcen und Finanzen zum Wohle der nachfolgenden Generationen.